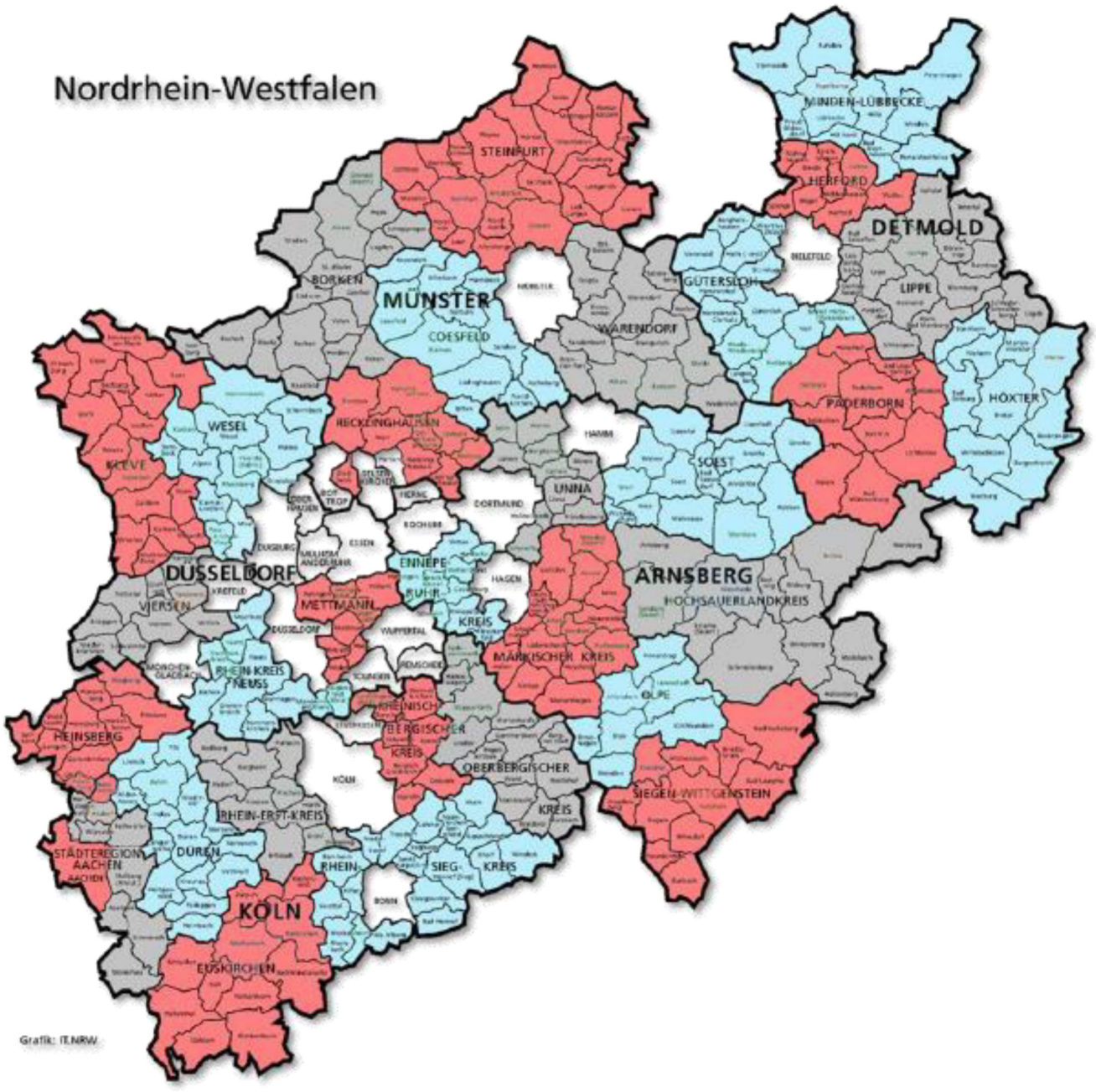
Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) in Nordrhein-Westfalen

Überörtliche Prüfung der kreisangehörigen Kommunen und Gemeindeverbände von 2019 bis 2025



INHALTSVERZEICHNIS

1.	**Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) – Überörtliche Prüfung der kreisangehörigen Kommunen und Gemeindeverbände von 2019 bis 2025**	**3**
1.1	In aller Kürze	4
1.2	Ergebnisse der IKZ-Umfrage in den kreisangehörigen Kommunen und Kreisen	5
1.2.1	Datenlage	5
1.2.2	Ziele zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten	5
1.2.3	Aktuelle Aufgabenfelder bereits umgesetzter IKZ-Projekte	7
1.2.4	Aufgabenfelder künftig geplanter IKZ-Vorhaben	10
1.2.5	Kooperationspartner	11
1.2.6	Rechtsformen	12
1.2.7	Erfolgsfaktoren	13
1.2.8	Hindernisse	14
1.2.9	Ursachen für rückabgewickelte IKZ-Projekte	16
1.3	Segmentzuordnung und regionale Verbreitung von IKZ	17
1.3.1	Regierungsbezirke	18
1.3.2	Kreise	20
1.3.3	Gelungene Praxisbeispiele interkommunaler Zusammenarbeit	21
1.4	IKZ in den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL)	24
1.4.1	IKZ-Projekte Landschaftsverband Rheinland (LVR)	25
1.4.2	IKZ-Projekte Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL)	25
1.4.3	Gemeinsame umgesetzte und geplante IKZ-Projekte der Landschaftsverbände	26
	Kontakt	**29**

1. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) – Überörtliche Prüfung der kreisangehörigen Kommunen und Gemeindeverbände von 2019 bis 2025

Im strategisch bedeutsamen Handlungsfeld „Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)“ hat die gpaNRW im Zeitraum 2019 bis 2025, mit Ausnahme der 23 kreisfreien Städte und des Regionalverbundes Ruhr (RVR), im Rahmen der überörtlichen Prüfung eine landesweite Erhebung der interkommunalen Aktivitäten vorgenommen. IKZ bietet sich z. B. für eine wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Nutzung von Synergieeffekten, Größenvorteilen und komplementären Stärken an. Vor allem aber auch der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel werden dazu führen, dass die Aufgabenerfüllung perspektivisch zumindest teilweise nur mithilfe von IKZ gesichert werden kann. Daher ist es aus Sicht der gpaNRW notwendig, Ressourcen zu bündeln und Synergien zwischen den Kommunen zu schaffen. Aufgrund der einschränkenden Rahmenbedingungen stellt sich zunehmend die Frage, ob jede Kommune alle Aufgaben in eigener Zuständigkeit und Organisation anbieten oder ob die Nutzung von Verbundeffekten durch IKZ zum selbstverständlichen organisatorischen Gestaltungsprinzip werden sollte.

Gemeinsam mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD NRW) und dem Landesbeauftragten für Interkommunale Zusammenarbeit verfolgen wir das Ziel, das Bewusstsein und das Interesse für vorhandene und denkbare Möglichkeiten der IKZ zu stärken. Zudem wollen wir zusätzliche Impulse für einen erfolgreichen Ausbau der örtlichen IKZ-Aktivitäten geben und interkommunale Projekte fördern sowie positiv begleiten. Das Beratungsangebot der gpaNRW umfasst auch das Beratungsfeld „Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)“, z.B. in Form von Moderation von Anbahnungs- und Entscheidungsprozessen oder der Durchführung von Potenzialanalysen.

Herne, im September 2025

Michael Esken
Präsident

1.1 In aller Kürze

- Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) ist ein Schlüssel für die Zukunft der Kommunen. Die kreisangehörigen Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen nutzen flächendeckend bereits interkommunale Kooperationsmöglichkeiten, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung.
- IKZ findet vermehrt in Kommunen und Kreisen mit angespannter Haushaltssituation statt.
- Mehr Wirtschaftlichkeit und die Sicherung der Aufgabenerledigung sind die Hauptziele zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten.
- IT, E-Government ist und bleibt auch künftig das wichtigste Aufgabenfeld für IKZ. Rund 80 Prozent der Kommunen und Kreise haben schon entsprechende IKZ-Projekte umgesetzt bzw. planen eine IKZ in diesem Aufgabenfeld.
- Am häufigsten findet IKZ mit Beteiligung von Kooperationspartnern gleicher bzw. ähnlicher Größenordnung statt.
- Die Kreise spielen für interkommunale Kooperationen vielfach eine tragende Rolle. Obwohl sie das zahlenmäßig kleinste Prüfungssegment der kreisangehörigen Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen bilden, zählen sie mit zu den häufigsten Kooperationspartnern umgesetzter IKZ-Projekte.
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen stellen mit Abstand die häufigste Rechtsform interkommunaler Kooperationen dar.
- Die Kooperation auf Augenhöhe und gegenseitiges Vertrauen sind die beiden wichtigsten Erfolgsfaktoren für eine gelungene IKZ. Für das Scheitern von IKZ-Vorhaben sind hauptsächlich wirtschaftliche Aspekte verantwortlich.
- Personelle Ressourcen spielen bei IKZ eine zentrale Rolle. Der Fachkräftemangel ist gerade bei kleinen Kommunen ein immer wichtigerer Auslöser für IKZ. Bei bestehenden Kooperationen bewirkt Personalmangel zunehmend, dass IKZ-Projekte rückabgewickelt werden.

An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass es sinnvoll ist, bereits bei ersten Überlegungen zu einer interkommunalen Zusammenarbeit auch die steuer- und vergaberechtlichen Aspekte in den Blick zu nehmen. Eine möglichst umfassende und rechtsverbindliche Klärung in einem frühen Stadium der Überlegungen ist hier empfehlenswert. Ob die beabsichtigte Art der späteren Kooperationsvereinbarung z.B. ausschreibungsfrei erfolgen kann und welche vergaberechtlichen Besonderheiten ggf. zu beachten sind, sollte ebenso frühzeitig geklärt sein, wie die Frage der steuerrechtlichen Behandlung einer Zusammenarbeit. Letztere ist insbesondere in Zusammenhang mit der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der zukünftigen Kooperation von Bedeutung.

1.2 Ergebnisse der IKZ-Umfrage in den kreisangehörigen Kommunen und Kreisen

Im Rahmen der vierten Prüfungsrunde der überörtlichen Prüfung in den 373 kreisangehörigen Kommunen und 31 Kreisen einschließlich der StädteRegion Aachen hat die gpaNRW eine landesweite Bestandserhebung zu den IKZ-Aktivitäten und -Projekten durchgeführt. Über einen Online-Fragebogen sowie ein standardisiertes Interview[1] haben wir die örtlichen Projekte sowie die Erfahrungen und Einschätzungen zum Umgang mit IKZ systematisch gesammelt und ausgewertet. Die segmentübergreifenden Umfrageergebnisse haben wir für diesen Gesamtbericht kompakt aufbereitet.

1.2.1 Datenlage

IKZ-Datenbasis in den Segmenten

Prüfungssegment	Anzahl
Kleine kreisangehörige Kommunen	207
Mittlere kreisangehörige Kommunen	129[2]
Große kreisangehörige Kommunen	35
Kreise (einschließlich der StädteRegion Aachen)	31

In die nachfolgenden Vergleiche sind die interkommunalen Aktivitäten aus 371 kreisangehörigen Kommunen und 31 Kreisen (einschließlich StädteRegion Aachen) eingeflossen.[3]

1.2.2 Ziele zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten

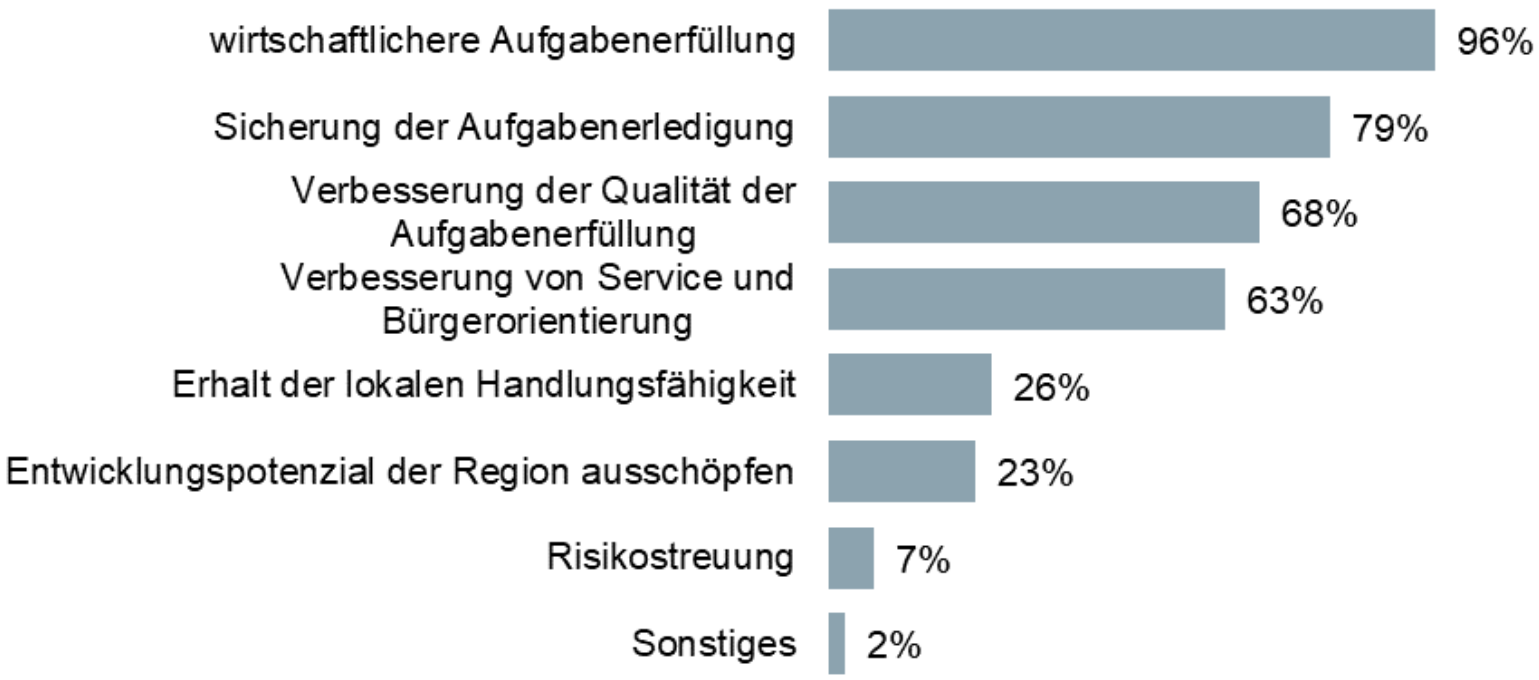
Abgebildet sind nachfolgend die unterschiedlichen, genannten Zielsetzungen zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten.

[1] außer im Teilsegment der 53 kleinen kreisangehörigen Kommunen bis 10.000 EW

[2] Bei den mittleren kreisangehörigen Städten Harsewinkel und Jüchen fand aufgrund des Segmentwechsels von kleinen zu mittleren kreisangehörigen Kommunen keine Erhebung zu IKZ statt. Deshalb sind beide Städte nicht in den Auswertungen enthalten.

[3] Nicht betrachtet wurden zwei mittlere kreisangehörige Städte, die aufgrund ihres Segmentwechsels von kleinen zu mittleren kreisangehörigen Kommunen im Erhebungszeitraum nicht geprüft wurden. Zudem hat die gpaNRW bei den 23 kreisfreien Städte auf eine IKZ-Erhebung verzichtet.

Ziele IKZ in Prozent



IKZ vorrangig zur Effizienzsteigerung und Sicherung kommunaler Aufgabenerledigung

- Mit Abstand höchste Priorität bei den Zielsetzungen zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten genießt das Kriterium der **Wirtschaftlichkeit**, sowohl insgesamt betrachtet als auch in den jeweiligen Segmenten. Nahezu alle Beteiligten zielen mit ihren IKZ-Aktivitäten auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ab, z.B. durch die Zentralisierung von Aufgaben oder die Nutzung von Synergien.

  Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit bzw. des wirtschaftlichen Handelns ergibt sich bereits aus diversen kommunalverfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorgaben. Zudem ist eine messbare Einsparung bei der Aufgabenerledigung durch Kooperationen nachzuweisen, um z.B. eine Projektförderung des Landes zu erhalten. Insofern ist die höchste Priorität des Kriteriums Wirtschaftlichkeit wenig überraschend. 75 Prozent aller umgesetzten IKZ-Aktivitäten finden in kreisangehörigen Kommunen und Kreisen statt, die einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt gemäß § 75 Abs. 2 S. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) haben.[4]

  Ob das Kriterium der Wirtschaftlichkeit auch in Zukunft das wichtigste Kriterium für IKZ bleibt, muss sich u. a. mit Blick auf den demografischen Wandel und den damit zusammenhängenden Fachkräftemangel allerdings noch zeigen.

- Die **Sicherung der Aufgabenwahrnehmung** stellt insgesamt betrachtet bereits das zweitwichtigste IKZ-Ziel dar. Dies gilt insbesondere für die kreisangehörigen Kommunen. Schon heute suchen viele Kommunen händeringend und oftmals auch vergeblich nach qualifiziertem Personal, um die Aufgabenerledigung dauerhaft zu sichern. Durch IKZ sehen rund Dreiviertel der 207 kleinen kreisangehörigen Kommunen eine Chance, dem

[4] Quelle: Haushaltsstatus der Kommunen in NRW - GovData zum Stichtag 31.12.2024 lt. Definition des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD)

Fachkräftemangel entgegenzuwirken[5]. IKZ wird dann - ungeachtet wirtschaftlicher Überlegungen - möglicherweise in einigen Kommunen und Kreisen die noch einzig realisierbare Form der Aufgabenerledigung darstellen. Bei den Kreisen stellt die Sicherung der Aufgabenerledigung nur das viertwichtigste IKZ-Ziel dar. Die Verbesserung von Service und Bürgerorientierung hat dort den zweithöchsten Stellenwert.

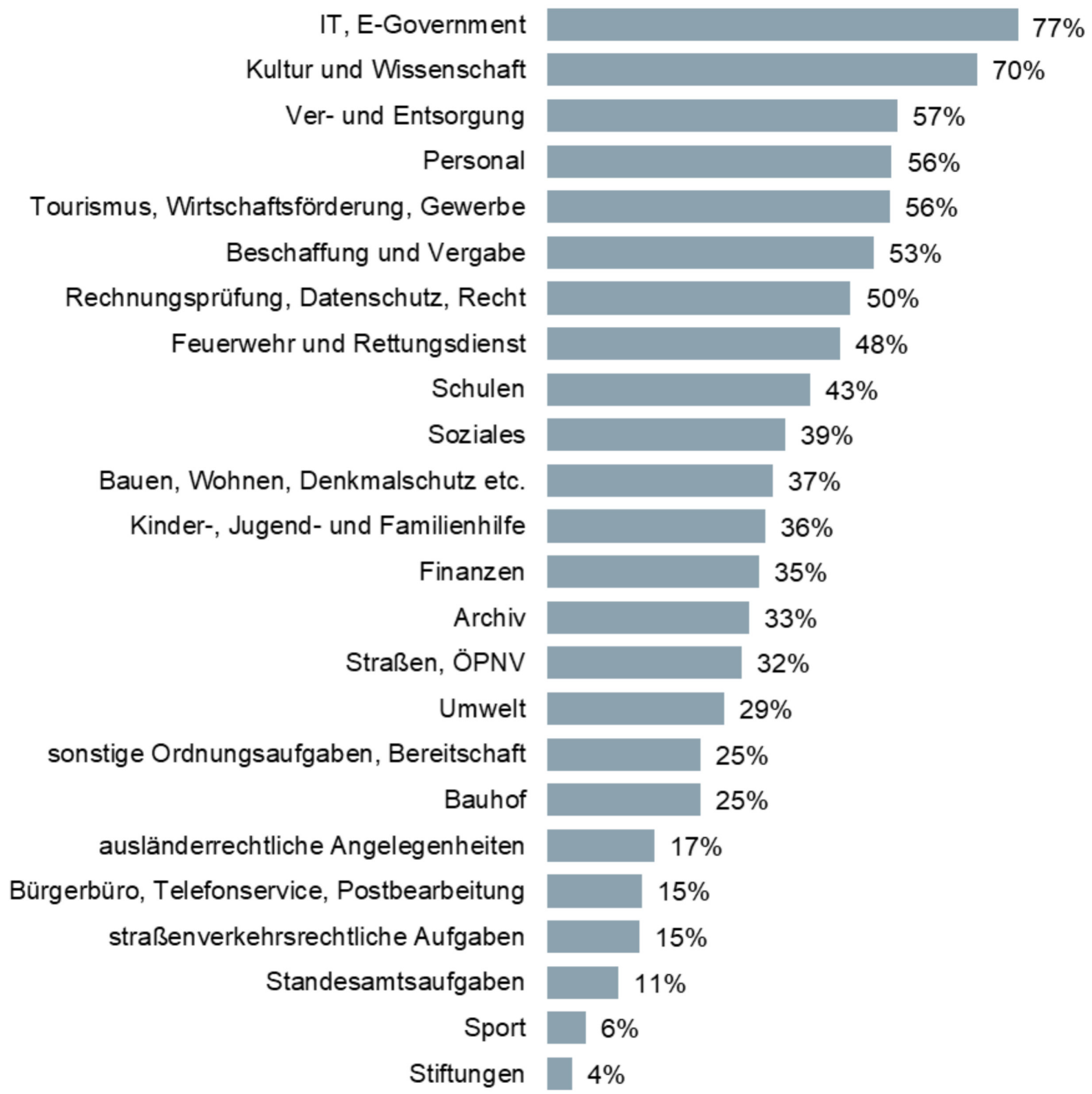
- Auch insgesamt über alle Segmente betrachtet, stellen die Verbesserung der **Service- und Bürgerorientierung** sowie der **Qualität** der Aufgabenerfüllung Schwerpunkte in der Zielformulierung dar.

1.2.3 Aktuelle Aufgabenfelder bereits umgesetzter IKZ-Projekte

Der nachfolgenden Auswertung liegen als Basis die Rückmeldungen der befragten Kommunen und Kreise zu den Aufgabenfeldern zugrunde, in denen bereits IKZ-Projekte umgesetzt worden sind.

[5] In den Segmenten der mittleren und großen kreisangehörigen Städte sowie der Kreise, erfolgte noch keine Erhebung zum Fachkräftemangel.

Aktuelle Aufgabenfelder IKZ in Prozent



IT, E-Government segmentübergreifend häufigstes Aufgabenfeld umgesetzter IKZ-Projekte - Tendenz weiter steigend

- Die befragten kreisangehörigen Kommunen und Kreise setzen IKZ-Projekte sowohl zu internen Querschnitts- als auch zu Fachaufgaben um.
- IKZ-Projekte im Aufgabenfeld **IT, E-Government** stellen in allen Segmenten den Spitzenreiter. Mehr als drei Viertel aller kreisangehörigen Kommunen und Kreise haben bereits IKZ-Projekte in diesem Aufgabenfeld umgesetzt.
- Daneben ist für die Kommunen und Kreise auch IKZ im Bereich **Kultur und Wissenschaft** von großer Bedeutung. 282 der Befragten sind in diesem Aufgabenfeld schon interkommunale Kooperationen eingegangen.

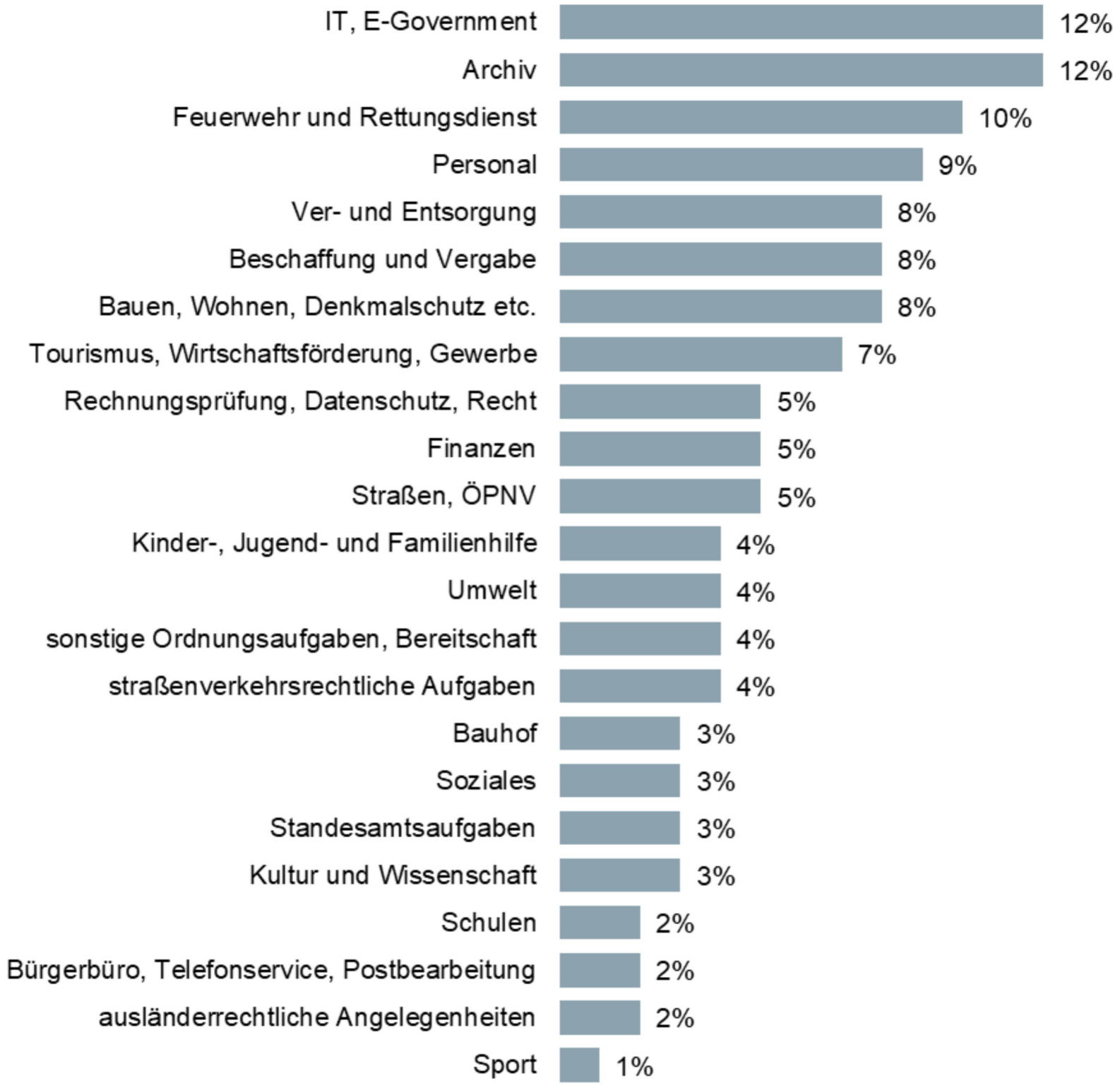
- Mehr als die Hälfte der kreisangehörigen Kommunen und Kreise haben bereits Kooperationsprojekte in den Aufgabenfeldern Ver- und Entsorgung, Personal und Tourismus, Wirtschaftsförderung, Gewerbe sowie Beschaffung und Vergabe umgesetzt.

- Für die Kreise hat das Aufgabenfeld Soziales einen gleich hohen Stellenwert wie das Aufgabenfeld IT, E-Government. Im Vergleich aller befragten Segmente ordnet sich das Aufgabenfeld Soziales dagegen etwa im mittleren Bereich ein. Dies ist darauf zurückzuführen, dass gerade im zahlenmäßig größten Segment der kleinen kreisangehörigen Kommunen weniger als ein Drittel IKZ-Kooperationen im Sozialbereich eingegangen sind, was auf die fehlenden Zuständigkeiten im Sozialbereich zurückzuführen ist.

1.2.4 Aufgabenfelder künftig geplanter IKZ-Vorhaben

Die nachfolgende Auswertung zeigt die Aufgabenfelder, in denen zukünftig IKZ-Projekte geplant sind.

Geplante Aufgabenfelder IKZ in Prozent



- **Aufgabenfelder IT, E-Government und Archiv dominieren auch bei Kooperationsthemen für künftige Zusammenarbeit**

- Gerade im Aufgabenfeld **IT, E-Government** besteht auch künftig ein erhöhter Bedarf für IKZ. Obwohl das Aufgabenfeld bereits bei den bestehenden Kooperationen herausragt, gibt es immer noch 50 Kommunen und Kreise, die im Bereich IT, E-Government interkommunale Aktivitäten planen, davon 15 zum ersten und 35 zum wiederholten Male. Dies ist wenig überraschend bzw. widerspricht sich auch nicht. Gerade im Bereich der internen Dienstleistungen eröffnet die Digitalisierung neue, ortsunabhängige Möglichkeiten

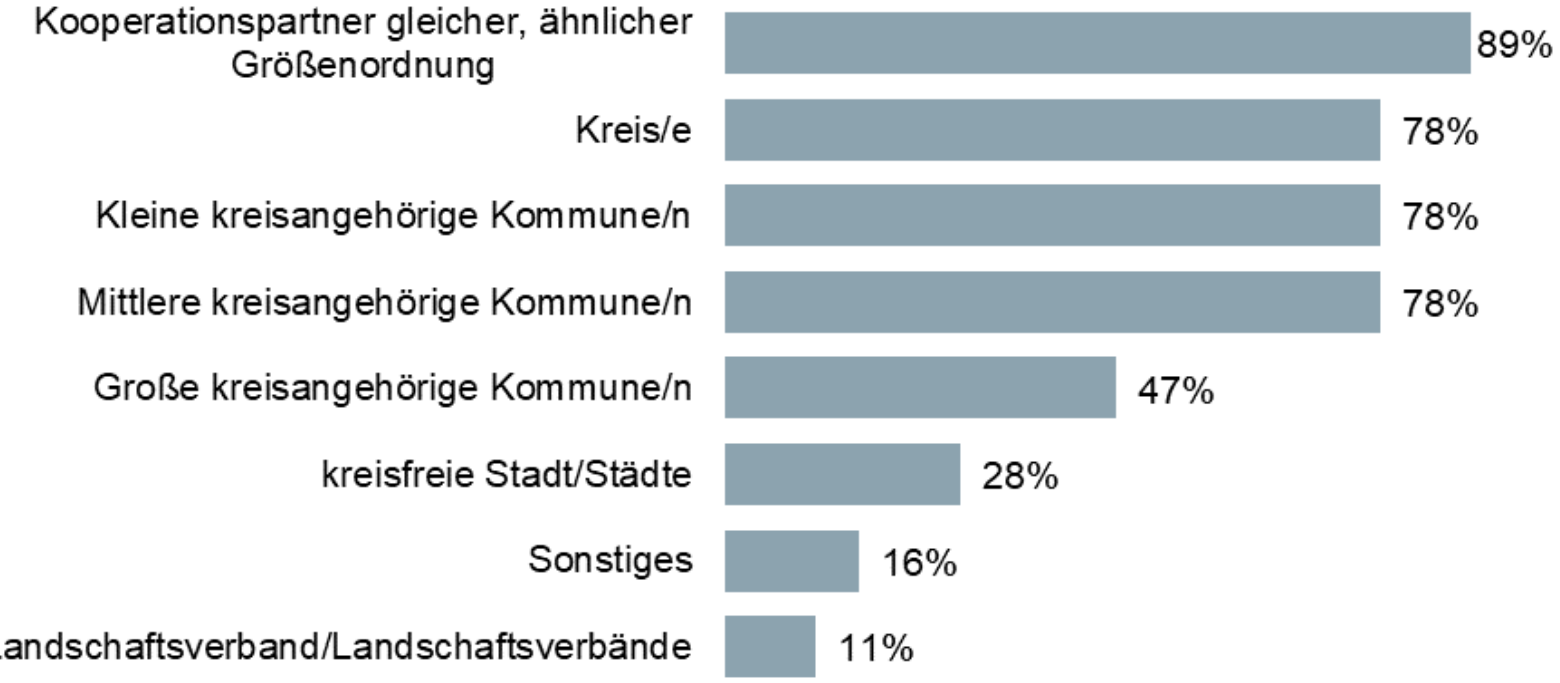
zur interkommunalen Zusammenarbeit und zum schnellen Datenaustausch z.B. in Form von **Shared Service Centern**. Viele kreisangehörige Kommunen und Kreise sehen hier offensichtlich noch große Effizienzpotenziale, gerade in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels.

- Auch im Hinblick auf die Betreuung ihres **Archivwesens** sehen 47 kreisangehörige Kommunen und Kreise künftig Möglichkeiten für IKZ, davon 68 Prozent aus dem Segment der kleinen kreisangehörigen Kommunen. Der Bedarf erklärt sich hier sicher durch das erforderliche Spezialwissen des Archivpersonals und der bei kleinen Kommunen teilweise „atomisierten“ Stellenanteile für diese Funktion.

1.2.5 Kooperationspartner

Die nachfolgende Grafik bildet die unterschiedlichen Konstellationen interkommunaler Partnerschaften ab. Dabei haben wir Kommunen bzw. Kreise mit einem IKZ-Kooperationspartner des eigenen Segmentes sowohl bei „Kooperationspartner gleicher/ähnlicher Größenordnung“ als auch bei „Kooperationspartner des jeweiligen Segmentes“ berücksichtigt. Die Ergebnisse bzw. die prozentuale Verteilung basieren auf den Rückmeldungen der befragten Kommunen und Kreise.

Kooperationspartner IKZ in Prozent



IKZ unter Kooperationspartnern des gleichen Segmentes am verbreitetsten; auch Kreise wichtige Kooperationspartner

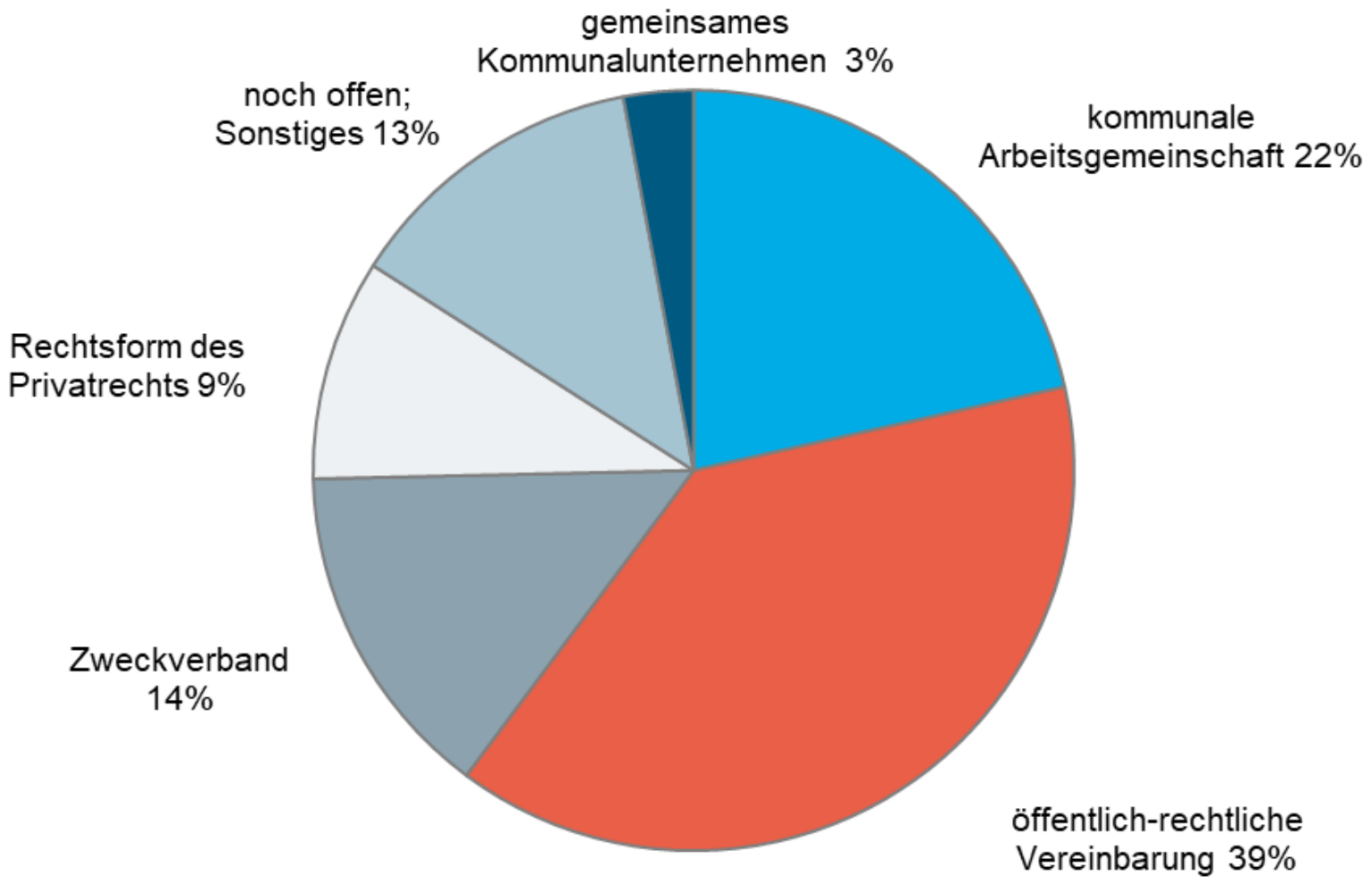
- Neun von zehn kreisangehörigen Kommunen und Kreisen arbeiten bei interkommunalen Kooperationen mit Partnern des gleichen Segmentes zusammen. Gerade Kommunen bzw. Kreise der gleichen Größenordnung haben häufig identische Prozesse und stehen vor gleichgelagerten Herausforderungen, die sich durch eine Zusammenarbeit besser bewältigen lassen.

- Obwohl die Kreise einschließlich der StädteRegion Aachen das kleinste Segment bilden, sind sie in mehr als Dreiviertel aller interkommunalen Kooperationen eingebunden. Dies belegt die wichtige Rolle der Kreise bei IKZ. Sie sind genauso häufig Kooperationspartner wie die zahlenmäßig erheblich größeren Segmente der kleinen und mittleren kreisangehörigen Kommunen.

1.2.6 Rechtsformen

Auf Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) können die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Rechtsformen zusammenarbeiten. Sie können Arbeitsgemeinschaften sowie Kommunalunternehmen wie z.B. Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) gründen, Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen. Für die Rechtsformwahl ist in erster Linie entscheidend, welche Anliegen bzw. welche Zwecke gemeinsam verfolgt werden sollen. Die Rechtsform ist eine wichtige - aber nicht die einzige (!) - Rahmenbedingung für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit. Die nachfolgende Auswertung bzw. die prozentuale Verteilung basiert auf den Rückmeldungen zur Anzahl der bislang umgesetzten IKZ-Projekte bzw. der hierfür jeweils gewählten Rechtsformen.

Rechtsformen IKZ in Prozent



Rechtsformen IKZ nach Segmenten in Prozent

Segment	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung	Kommunale Arbeits-gemeinschaft	Zweckver-band	Rechtsform des Privatrechts	Gemein-sames Kommunal-unternehmen	Noch offen / Sonstiges
kleine kreis-angehörige Kommunen	39	15	18	12	5	11
mittlere kreis-angehörige Kommunen	33	27	14	11	3	12
große kreis-angehörige Kommunen	37	29	11	6	1	16
Kreise	46	23	10	5	1	15

Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit Abstand häufigste Rechtsform inter-kommunaler Kooperationen

- Über ein Drittel der interkommunalen Zusammenarbeit basiert auf öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gem. §§ 23 bis 26 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW). Diese Rechtsform stellt in allen Segmenten die dominierende Rechtsform dar.

- Für mehr als ein Fünftel aller Kooperationen sind kommunale Arbeitsgemeinschaften gebildet worden.

- Drei Viertel aller IKZ-Projekte fußen entweder auf öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen, kommunalen Arbeitsgemeinschaften oder auf der Gründung eines Zweckverbandes. Mit diesen Rechtsformen sind ganz offensichtlich praktikable formelle Konstruktionen geschaffen worden, die sich in der Praxis etabliert und bewährt haben. Gerade in der kommunalen Arbeitsgemeinschaft und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sehen die Kreise und Kommunen, insbesondere des mittleren und großen Segmentes, offenbar größere Gestaltungsmöglichkeiten. Ein weiterer Vorteil ist, dass kein neuer Aufgabenträger geschaffen werden muss, der überdies zusätzliche finanzielle Aufwendungen und Gremienstrukturen verursacht. Bei den kleinen kreisangehörigen Kommunen stellt die Gründung eines Zweckverbandes dagegen die zweitmeist gewählte Rechtsform dar, z.B. für die Aufgabenfelder IT und E-Government, ÖPNV, Schulen, VHS sowie Ver- und Entsorgung.

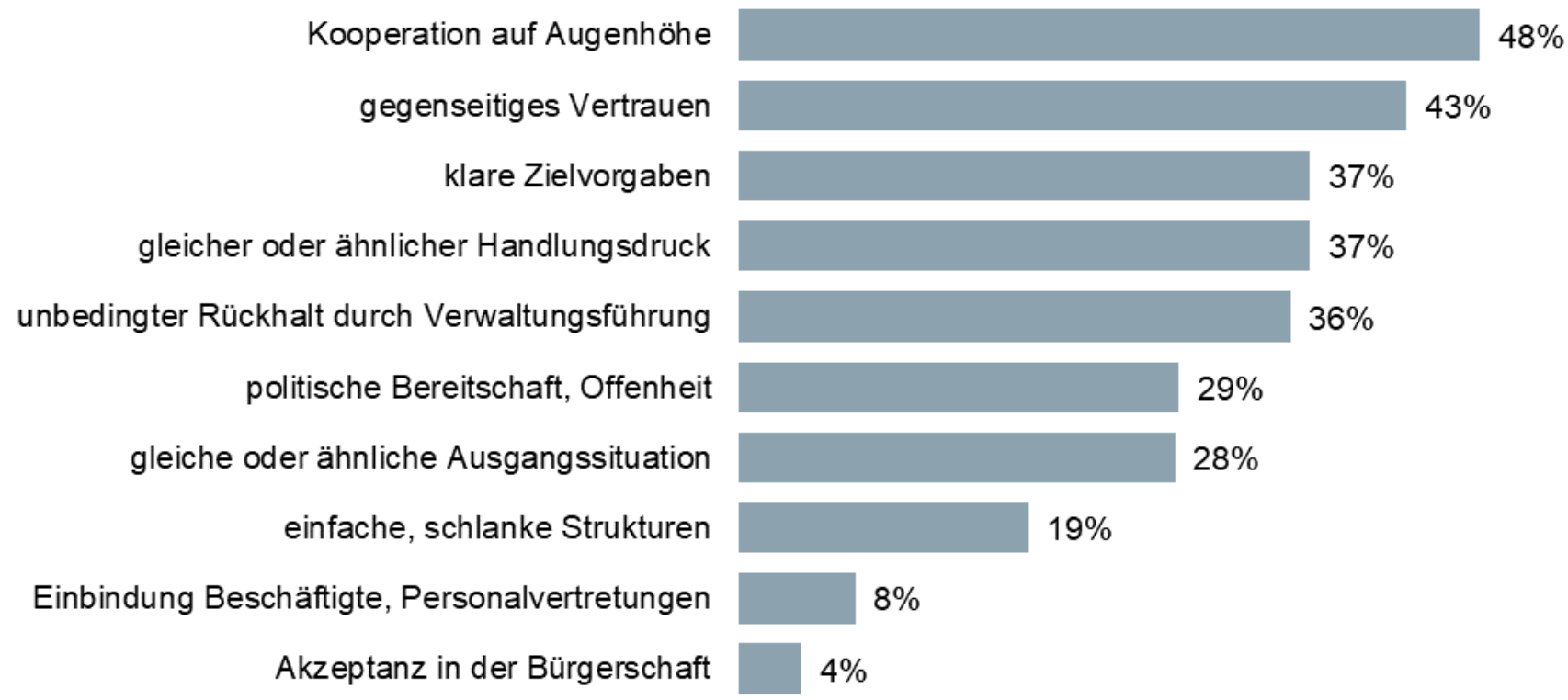
1.2.7 Erfolgsfaktoren

Bei der Frage nach den Erfolgsfaktoren haben die Kommunen und Kreise bei unserer Online-Erhebung zehn mögliche Erfolgsfaktoren nach Priorität geordnet. Nach einem vereinbarten Zeitraum sollten sie jedoch evaluieren, ob und inwiefern die erwarteten Ziele erreicht wurden. Dies

gilt insbesondere, wenn die Beteiligten mit der IKZ wirtschaftliche Effekte erwarten. Die Frage, ob eine IKZ für die Beteiligten erfolgreich war, hängt von mehreren Erfolgsfaktoren ab.

Die gpaNRW hat nachfolgend ausgewertet, welche Erfolgskriterien die Kommunen und Kreise jeweils für sich priorisiert und konkret den Rängen eins bis drei zugeordnet haben.

Erfolgsfaktoren IKZ in Prozent



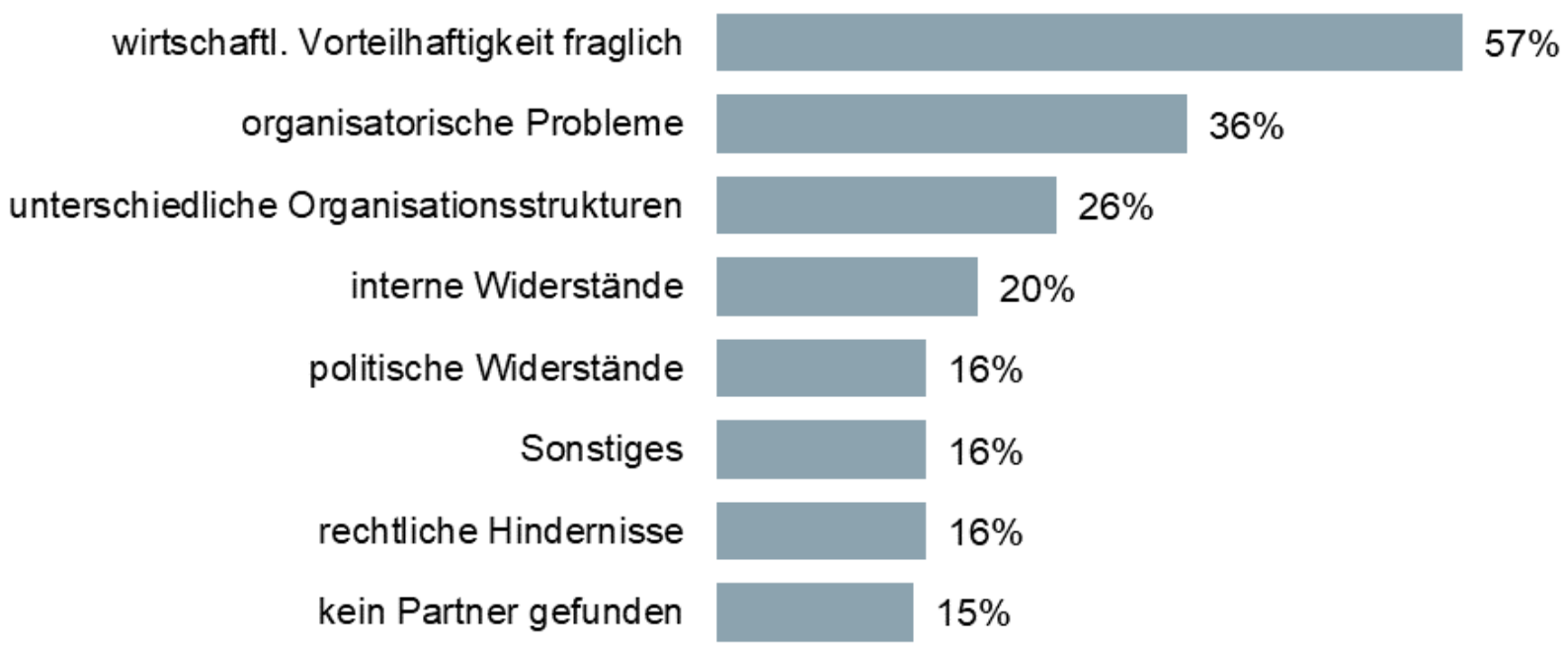
- **Kooperation auf Augenhöhe und gegenseitiges Vertrauen sind wichtigste Erfolgsfaktoren für gelungene IKZ**

- Die beiden wichtigsten Erfolgsfaktoren sind die **Kooperation auf Augenhöhe** und **gegenseitiges Vertrauen**. Klare **Zielvorgaben** sowie der gleiche oder ähnliche **Handlungsdruck** folgen gemeinsam auf Rang drei. Diese vier Faktoren sind ganz offensichtlich noch wesentlich wichtiger als z.B. politische Bereitschaft zu kooperieren oder Rückhalt durch die Verwaltungsführung.

1.2.8 Hindernisse

140 von 402, und damit rund ein Drittel der Kommunen und Kreise, haben IKZ-Projekte zwar geprüft, aber nicht umgesetzt. Diese haben wir nach den Hindernissen gefragt, die in der Regel für das Scheitern von IKZ-Vorhaben verantwortlich sind.

Hindernisse IKZ in Prozent



Umsetzung von IKZ-Vorhaben scheitert bei Kommunen hauptsächlich an mangelnder Wirtschaftlichkeit von Kooperationen, bei Kreisen aus sonstigen Gründen

- Korrespondierend zur Zielpriorität (vgl. Kapitel 1.2.2 – Ziele zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten) ist der meistgenannte Hinderungsgrund für die Umsetzung von IKZ die offensichtlich **mangelnde Wirtschaftlichkeit**. Mit Abstand folgen **organisatorische Probleme** und **unterschiedliche Organisationstrukturen**. Interne sowie politische Widerstände, rechtliche Hindernisse und die fehlenden Partner spielen als Hemmnisse dagegen keine prägende Rolle.

- IKZ-Hindernisse unterscheiden sich in den unterschiedlichen Segmenten deutlich. Im Segment der Kreise stellt die mangelnde Wirtschaftlichkeit nur selten ein IKZ-Hemmnis dar. Dagegen scheitern IKZ-Projekte bei mehr als der Hälfte der kreisangehörigen Kommunen aus diesem Grund.

  So wird die Thematik des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) als Hindernis wahrgenommen. Bei der Frage der Wirtschaftlichkeit zukünftiger Kooperationsprojekte spielen neben einer möglichen Umsatzbesteuerung nach Auffassung der gpaNRW aber auch vergaberechtliche Aspekte eine Rolle. Ob die beabsichtigte Art der späteren Kooperationsvereinbarung z.B. ausschreibungsfrei erfolgen kann und welche vergaberechtlichen Besonderheiten dabei zu beachten sind, sollte ebenso frühzeitig geklärt sein wie die Frage der steuerrechtlichen Behandlung. Empfehlenswert ist es daher, beide Themen möglichst umfassend und rechtsverbindlich in einem frühen Stadium der Überlegungen abzuklären.

- Bei den Kreisen kommen IKZ-Vorhaben in 75 Prozent aller Fälle aus sonstigen Gründen, wie z.B. divergierenden Interessen, nicht zustande.

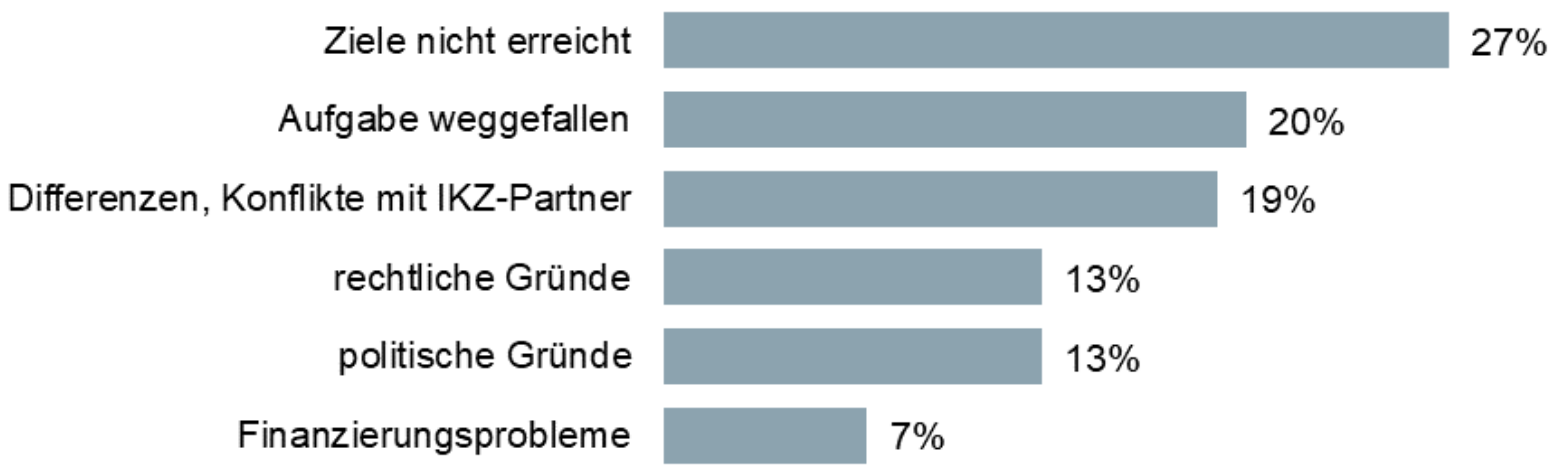
- Bei den großen kreisangehörigen Städten stellen **verwaltungsinterne Widerstände** das drittgrößte IKZ-Hemmnis dar. 41 Prozent der geprüften IKZ-Vorhaben scheitern deshalb. Bei den kleinen und mittleren kreisangehörigen Kommunen spielen interne Widerstände dagegen nur eine untergeordnete und bei den Kreisen keine Rolle.

- 15 Prozent der Kommunen und Kreise haben IKZ-Vorhaben nicht umgesetzt, weil sie keinen passenden Partner gefunden haben. Eine Möglichkeit zur Partnersuche bietet das durch das Land Nordrhein-Westfalen geförderte Internetportal INTERKOMMUNALES.NRW[6] der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW. Um einen passenden Partner zu finden, können die Kommunen und Kreise ihr IKZ-Vorhaben dort in einem „Partnersucheformular“ erfassen.

1.2.9 Ursachen für rückabgewickelte IKZ-Projekte

Bei der Online-Erhebung hat die gpaNRW die wesentlichen Gründe erfragt, weshalb die kreisangehörigen Kommunen und Kreise eine interkommunale Zusammenarbeit beendet haben.

Gründe rückabgewickelter IKZ-Projekte in Prozent



Rückabwicklung von IKZ-Projekten vorrangig auf ausbleibende Zielerreichung zurückzuführen

- Die mangelnde Zielerreichung stellt den Hauptgrund für die Rückabwicklung von IKZ-Projekten dar. Warum z.B. die angestrebten Ziele nicht oder nicht mehr erreicht werden konnten, war nicht Bestandteil der Online-Erhebung.
- Aus den Interviews vor Ort konnten wir jedoch Sachverhalte aufnehmen, warum es häufiger zur Aufkündigung von Kooperationsprojekten kommt, auch wenn diese schon über einen mehrjährigen Zeitraum erfolgreich gelaufen sind. Häufig genannt wurde in diesem Zusammenhang der Personalmangel, wenn z.B. durch Fluktuation keiner der Kooperationspartner in der Lage bzw. nicht mehr gewillt ist, neues Personal für die gemeinsame Aufgabenerledigung zur Verfügung zu stellen. Als weitere Gründe werden eine veränderte Sichtweise in der Art der gemeinsamen Aufgabenerledigung genannt (unmittelbare/eigenverantwortliche Steuerung der Dienstleistung), Qualitätsaspekte in der Leistungserbringung und fehlende Wirtschaftlichkeit in der bisherigen Kooperationsform.

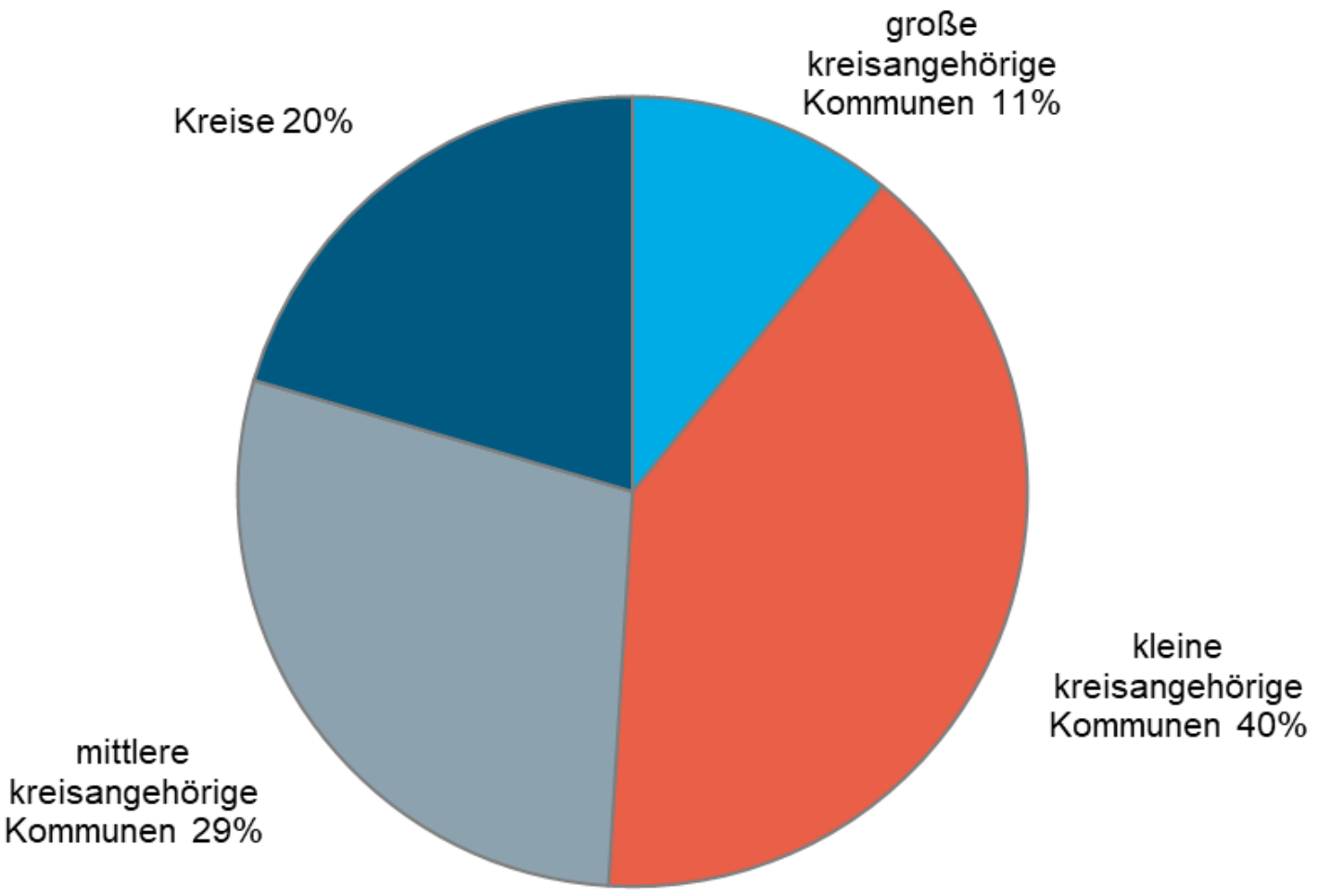
[6] (https://www interkommunales.nrw)

- Von einer Rückabwicklung sind allerdings nur rund ein Viertel der befragten Kommunen und Kreise mit jeweils einzelnen Projekten betroffen. Die weitaus überwiegende Anzahl interkommunaler Kooperationen hat sich in der kommunalen Praxis erfolgreich etabliert bzw. ist daraus heute auch nicht mehr wegzudenken. In den ergänzenden Interviews konnten wir hierzu feststellen, dass die Akteure in den Verwaltungen häufig einzelne Kooperationsprojekte als solche gar nicht mehr bewusst wahrnehmen, was deren selbstverständliche Integration in die Aufbau- und Ablauforganisation belegt. Auch von den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Nutzenden werden kommunale Leistungen wie z.B. die Volkshochschul- und Musikschulangebote oder der Besuch einer allgemeinbildenden Schule oder Förderschule nicht als Leistung eines entsprechenden Zweckverbandes wahrgenommen - dies insbesondere in den Fällen, in denen diese Kooperationen schon seit Jahrzehnten erfolgreich betrieben werden. Wenn Angebot und Qualität der Dienstleistungen oder Einrichtungen dem Bedarf entsprechen, ist die rechtliche Ausgestaltung der Kooperation für den Nutzer nachrangig.

1.3 Segmentzuordnung und regionale Verbreitung von IKZ

Ausgehend von den in der Online-Erhebung genannten 6.250 umgesetzten IKZ-Aktivitäten stellt die gpaNRW nachfolgend dar, wie sich diese auf die jeweiligen Segmente sowie regional auf die fünf Regierungsbezirke und auf die Kreise, einschließlich der StädteRegion Aachen, verteilen.

Verteilung umgesetzter IKZ-Projekte auf Segmente in Prozent



IKZ im zahlenmäßig größten Segment der kleinen kreisangehörigen Kommunen am meisten ausgeprägt

- 2.504 von 6.250 umgesetzten IKZ-Aktivitäten sind dem Segment der kleinen kreisangehörigen Kommunen zuzuordnen. Die 207 kleinen kreisangehörigen Kommunen bilden das mit Abstand größte Segment der Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen. Deshalb überrascht es nicht, dass sie anteilig am häufigsten IKZ-Kooperationen umgesetzt haben.

- Obwohl die 31 Kreise lediglich acht Prozent aller kreisangehörigen Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen ausmachen, liegt ihr Anteil umgesetzter IKZ-Projekte bei rund 20 Prozent. Dies verdeutlicht die wichtige Schlüsselrolle, die die Kreise bei interkommunaler Zusammenarbeit spielen. Als übergeordnete Verwaltungseinheiten können sie die Zusammenarbeit zwischen den kreisangehörigen Kommunen koordinieren. Bei etwaigen Schwierigkeiten können sie neutral vermitteln und die Kommunen bei der Umsetzung gemeinsamer interkommunaler Projekte unterstützen.

- Der Median der Anzahl der umgesetzten IKZ-Kooperationen liegt bei elf Projekten.

Die gpaNRW hat ausgewertet, ob eine Korrelation zwischen den Segmenten und der Menge umgesetzter IKZ-Projekte besteht. Dazu haben wir bei den 25 Prozent der Kommunen und Kreise (106 von 402) mit den meisten umgesetzten IKZ-Projekten analysiert, welchem Segment diese zuzuordnen sind.

- Die Kreise sind danach bei IKZ-Kooperationen besonders aktiv. 74 Prozent der Kreise zählen zum Viertel der Kommunen und Kreise mit den meisten umgesetzten IKZ-Aktivitäten.

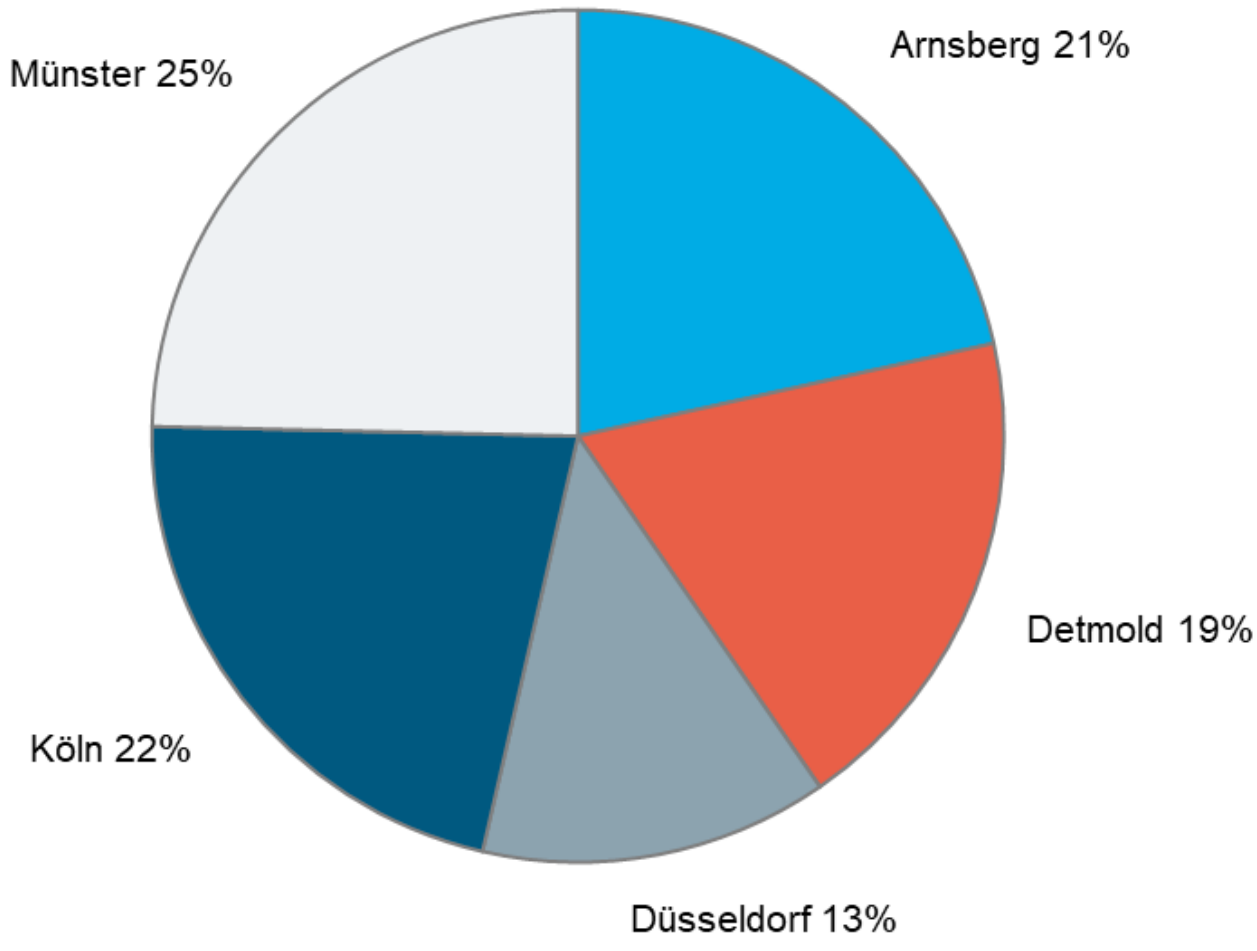
- Die großen kreisangehörigen Städte folgen mit 43 Prozent, gefolgt von den mittleren kreisangehörigen Städten mit 26 Prozent. Das Schlusslicht bilden die kleinen kreisangehörigen Kommunen mit 17 Prozent.

Die Ergebnisse überraschen nicht, da die Strukturen der größeren Gebietskörperschaften mehr Möglichkeiten zulassen, eine Vielzahl interkommunaler Kooperationen umzusetzen.

1.3.1 Regierungsbezirke

Die in der Online-Erhebung von den Kommunen und Kreisen genannten 6.250 umgesetzten IKZ-Aktivitäten verteilen sich folgendermaßen auf die fünf Regierungsbezirke des Landes Nordrhein-Westfalen:

Verteilung umgesetzter IKZ-Aktivitäten auf Regierungsbezirke in Prozent



Ein Viertel aller IKZ-Aktivitäten finden im Regierungsbezirk Münster statt

- Im Vergleich der Regierungsbezirke des Landes Nordrhein-Westfalen liegt der Regierungsbezirk Münster mit 1.540 genannten umgesetzten IKZ-Aktivitäten vorn. Dies ist mit darauf zurückzuführen, dass einige der kreisangehörigen Kommunen und Kreise in diesem Regierungsbezirk interkommunal besonders aktiv sind. Dazu zählen die Kommunen und Kreise innerhalb der Kreise Recklinghausen, Steinfurt und Borken.

- Der zweithöchste Anteil umgesetzter IKZ-Aktivitäten ist dem Regierungsbezirk mit den meisten kreisangehörigen Kommunen und Kreisen innerhalb eines Regierungsbezirkes zuzuordnen, dem Regierungsbezirk Köln. Alle 103 kreisangehörigen Kommunen und Kreise sind in unterschiedlicher Ausprägung interkommunal aktiv, so dass mehr als ein Fünftel aller IKZ-Aktivitäten auf den Regierungsbezirk Köln entfällt.

- Die wenigsten IKZ-Aktivitäten (826) sind dem Regierungsbezirk Düsseldorf zuzuordnen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass dem Regierungsbezirk Düsseldorf zehn, und damit mit Abstand die am meisten kreisfreien Städte und weniger kreisangehörige Kommunen und Kreise angehören. Da die gpaNRW die Online-Erhebung auf kreisangehörige Kommunen und Kreise beschränkt hat, bleiben die IKZ-Aktivitäten der kreisfreien Städte in diesem Vergleich unberücksichtigt.

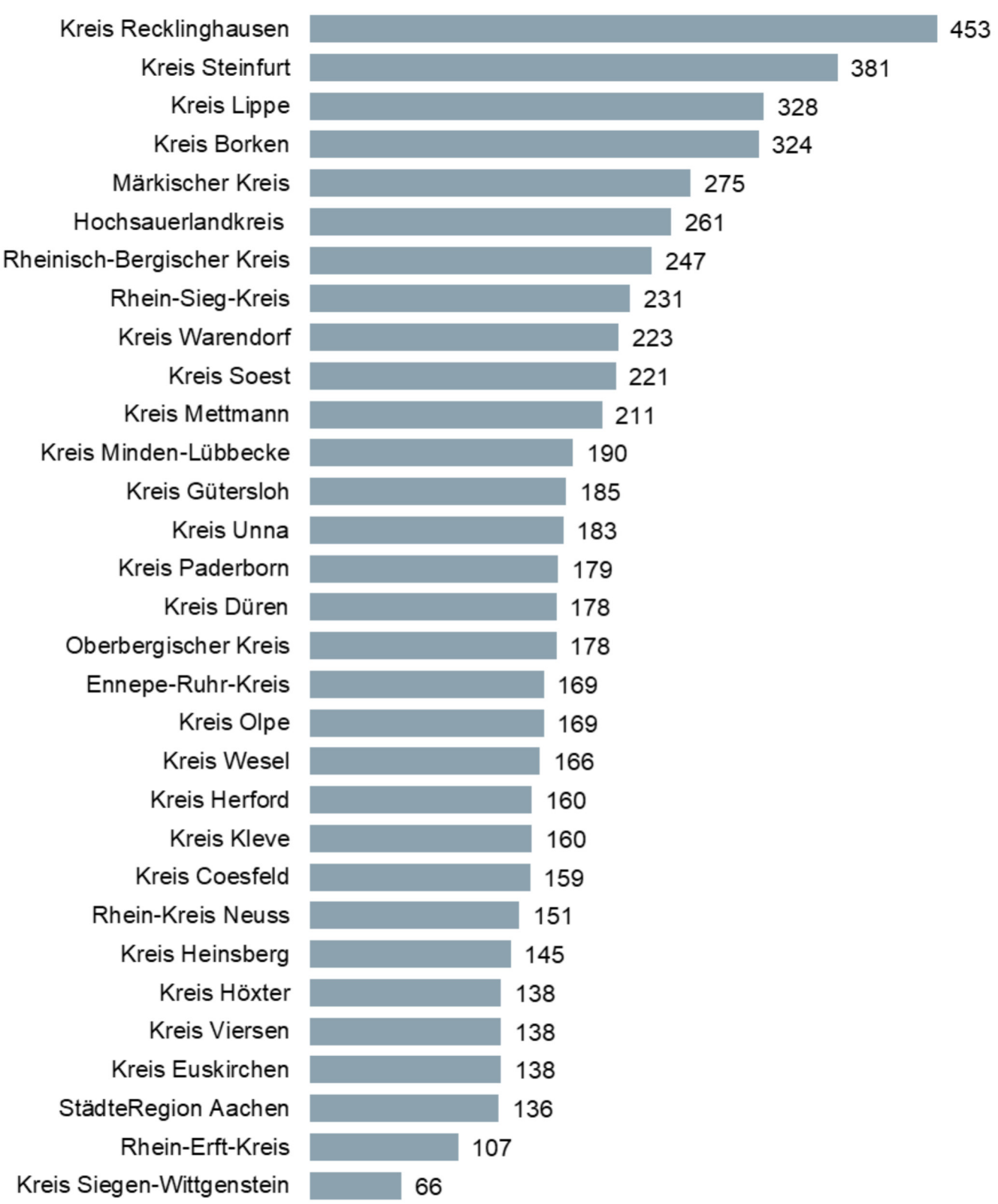
1.3.2 Kreise

Die gpaNRW hat die in der Online-Erhebung genannten umgesetzten IKZ-Aktivitäten den Kreisen zugeordnet.

Umgesetzte IKZ-Aktivitäten Kreise

Grundzahl	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Umgesetzte IKZ-Projekte Kreise	66	155	178	227	453	31

Umgesetzte IKZ-Aktivitäten je Kreis



IKZ innerhalb der Kreise in Nordrhein-Westfalen sehr heterogen verteilt - vermehrt bei angespannter Haushaltssituation

- Die elf Gebietskörperschaften im Kreis Recklinghausen sind bei interkommunalen Kooperationen landesweit am aktivsten. Die IKZ-Aktivitäten der kreisangehörigen Kommunen und des Kreises zielen einheitlich darauf ab, die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung zu verbessern. Dies korreliert mit der angespannten Haushaltssituation der kreisangehörigen Kommunen und des Kreises Recklinghausen. Sechs Städte befinden sich zum Stichtag 31. Dezember 2024[7] in der Haushaltssicherung. Der Kreis und vier der kreisangehörigen Kommunen haben einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt.

- Im Kreis Siegen-Wittgenstein findet mit Abstand am wenigsten interkommunale Zusammenarbeit statt. Die Kommunen und der Kreis zielen mit ihren IKZ-Aktivitäten ebenfalls darauf ab, die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung zu erhöhen. Im Gegensatz zu den Gebietskörperschaften im Kreis Recklinghausen, befindet sich zum Stichtag 31.Dezember 2024[8] keine Gebietskörperschaft in der Haushaltssicherung. Sechs kreisangehörige Kommunen sowie der Kreis können ihren Haushalt fiktiv unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgleichen. Fünf Kommunen haben den rechtlichen Haushaltsstatus „genehmigte Verringerung der allgemeinen Rücklage gemäß § 75 Abs. 4 GO NRW“.

- Die Haushaltssituation der Kommunen und Kreise mit besonders vielen umgesetzten IKZ-Aktivitäten ist tendenziell schlechter als die von Kommunen und Kreisen mit weniger umgesetzten IKZ-Aktivitäten. Von dem Viertel der Kreise mit den meisten IKZ-Aktivitäten befinden sich 14 Prozent der kreisangehörigen Kommunen bzw. Kreise in der Haushaltssicherung. Nur zwei Prozent haben zum Stichtag 31. Dezember 2024[9] einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Von den 25 Prozent der Kreise mit den wenigsten IKZ-Aktivitäten, befinden sich fünf Prozent der Kommunen und Kreise in der Haushaltssicherung. Der Anteil der Kommunen und Kreise mit einem ausgeglichenen Haushalt liegt ebenfalls bei fünf Prozent.

1.3.3 Gelungene Praxisbeispiele interkommunaler Zusammenarbeit

Die Bestandserhebung der gpaNRW hat gelungene Praxisbeispiele in unterschiedlichsten kommunalen Aufgabenfeldern hervorgebracht. Alle zeigen eindrucksvoll auf, dass interkommunale Zusammenarbeit bereits sehr erfolg- und facettenreich gelebt wird und fest in den Verwaltungsorganisationen verankert ist. Die Beispiele sind Impuls- und Ideengeber, Mutmacher und Motivatoren. Die gpaNRW wirft ein kurzes Schlaglicht auf aus unserer Sicht besonders innovative und zukunftsorientierte Praxisbeispiele in den fünf Regierungsbezirken, die zum Teil über die bekannten „Klassiker“ der Daseinsvorsorge hinausgehen. Die nachfolgenden Projekte stehen exemplarisch also nicht abschließend für die großartige Innovations- und Umsetzungskraft der kreisangehörigen Kommunen und Kreise in Aufgabenfeldern, die an die gesamte kommunale Familie heute und zukünftig besondere Anforderungen stellen.

[7,8,9] Quelle: Haushaltsstatus der Kommunen in NRW - GovData zum Stichtag 31.12.2024 lt. Definition des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD)

1.3.3.1 Gelungene Praxisbeispiele Regierungsbezirk Arnsberg

- **Gemeinsame Sozialberatung und Unterstützung**: Kreise und Kommunen arbeiten zusammen, um Bürgern soziale Dienstleistungen und Beratung in Bereichen wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und Wohnungslosigkeit zur Verfügung zu stellen. Als Beispiel ist die Interkommunale Beherbergung von Geflüchteten im Kreis Olpe zu nennen.

- **IT/ E-Government/ Digitalisierung**: Modellprojekt „Smart Cities-5 für Südwestfalen", dem zurzeit die große kreisangehörige Stadt Arnsberg, die kleine kreisangehörige Stadt Bad Berleburg sowie die mittleren kreisangehörigen Städte Menden, Olpe und Soest angeschlossen sind. Digitale Behördengänge, automatische Parkplatzanzeigen, Stadtführungen mit VR- und AR-Brillen oder eine offene, regionale Datenplattform sollen im Rahmen des Modellprojekts in der Region umgesetzt werden. Kommunen aus der Region können sich darüber hinaus auch der „Smart Cities Rahmenstrategie für Südwestfalen" anschließen. Diese beschreibt, wie die Kommunen in der Region zusammenarbeiten können, um das Leben in den südwestfälischen Städten und Gemeinden mit digitalen Hilfsmitteln nachhaltig zu verbessern.

- **Rechnungsprüfung**: Der Hochsauerlandkreis übernimmt die Rechnungsprüfung für mehrere kreisangehörige Kommunen.

1.3.3.2 Gelungene Praxisbeispiele Regierungsbezirk Detmold

- **Interkommunale Rechtsagentur:** Der Kreis Lippe und die Kommunen Augustdorf, Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Horn-Bad Meinberg, Kalletal, Lage, Oerlinghausen und Schlangen arbeiten seit 2012 interkommunal im Rechtswesen zusammen. Sie haben im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die interkommunale Rechtsagentur Lippe gegründet. Diese soll die Kommunen kostengünstig bei rechtlichen Fragestellungen unterstützen.

- **Kommunaler Ordnungsdienst Detmold-Lippe**: Die große kreisangehörige Stadt Detmold, die mittlere kreisangehörige Stadt Lage sowie die kleinen kreisangehörigen Kommunen Stadt Horn-Bad Meinberg und die Gemeinde Schlangen haben seit 2023 per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung einen gemeinsamen kommunalen Ordnungsdienst eingerichtet. Ziel ist, die Präsenz und Handlungsfähigkeit der Kommunen als örtliche Ordnungsbehörden zu verbessern. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt durch die Stadt Detmold.

- Die Bündelung fachlicher Kompetenzen, eine höhere Rechtssicherheit in den Verfahren, Bieterneutralität sowie eine effiziente und nachhaltige Gestaltung sind die Ziele bei einer IKZ im Bereich **Vergabewesen**. Mit einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung haben die Kommunen Bad Oeynhausen, Lübbecke, Minden, Preußisch Oldendorf, Porta Westfalica, Rahden, Hille, Hüllhorst und Stemwede die Durchführung von Aufgaben zur Vergabe öffentlicher Aufträge auf den Kreis Minden-Lübbecke übertragen. Zur Wahrnehmung der Aufgabe stellt der Kreis geeignetes Personal sowie Sachmittel zur Verfügung.

1.3.3.3 Gelungene Praxisbeispiele Regierungsbezirk Düsseldorf

- **Zahlungsabwicklung und Forderungsvollstreckung**: Die kleinen kreisangehörigen Kommunen Issum, Kerken und Rheurdt haben seit 2016 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung im Bereich der Zahlungsabwicklung und Forderungsvollstreckung der Gemeinden Kerken und Rheurdt (Buchhaltung Kerken/Rheurdt) durch die Gemeinde Issum (Finanzbuchhaltung Issum) getroffen.

- **Adoptionsvermittlung:** Auf Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hat der Kreis Kleve im Kreisjugendamt eine gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle eingerichtet. Diese nimmt die Adoptionsvermittlung auch für die Jugendämter der mittleren kreisangehörigen Städte Emmerich am Rhein, Geldern, Goch, Kevelaer und Kleve wahr. Dadurch ist das Kreisjugendamt für die Adoptionsvermittlung im gesamten Kreis Kleve zuständig.

- **IT, E-Government, Digitalisierung:** Der Rhein-Kreis Neuss hat in 2022 mit seinen acht kreisangehörigen Kommunen als erster Kreis in NRW das Digitalprojekt „Digitaler Zwilling“ beschlossen. Durch den Einsatz von Spezialfahrzeugen werden hochauflösende 360-Grad Panoramabilder erstellt. Ziel des digitalen Zwillings ist es, die Visualisierung von Planungsvorhaben und Simulationsmodellen in den Bereichen Mobilität, Verkehr, Bau, Klima, Umwelt und Wirtschaft zu ermöglichen, die auch als Basis für Smart-City-Anwendungen dienen. Perspektivisch sollen Prozesse und Planungsvorhaben mit dem digitalen Zwilling vereinfacht und beschleunigt werden.

- **Gemeinsames Archiv:** Der Kreis Viersen betreut in seinem Kreisarchiv auch das Archivgut seiner kreisangehörigen Kommunen Brüggen, Grefrath, Kempen, Nettetal, Niederkrüchten, Schwalmtal, Tönisvorst und Viersen.

1.3.3.4 Gelungene Praxisbeispiele Regierungsbezirk Köln

- Nach der Flutkatastrophe 2021 hat sich der Erftverband mit Kreisen und Kommunen im Erft-Einzugsgebiet (Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen, Rhein-Sieg-Kreis, Bad Münstereifel, Bergheim, Euskirchen, Nörvenich, Mechernich, Nettersheim, Meckenheim, Vettweiß, Erftstadt, Swisttal, Heimbach, Nideggen, Weilerswist, Zülpich, Kerpen und Rheinbach) zur Interkommunalen **Hochwasserschutzkooperation Erft (hwsErft)** zusammengeschlossen, um den Hochwasserschutz in der Region gemeinsam zu stärken. Ziel der Zusammenarbeit ist die Reduzierung des Hochwasserrisikos durch die Erstellung gemeinsam abgestimmter kommunaler Hochwasserschutzkonzepte.

- **IT, Digitalisierung Schule**: Im Kreis Euskirchen haben sich die kleinen kreisangehörigen Kommunen Bad Münstereifel, Kall und Weilerswist, unterstützt von der kdvz Rhein-Erft-Rur, zum gemeinsamen IT-Schulsupport zusammengeschlossen.

- **Sicherheit und Ordnung:** Die kleinen kreisangehörigen Eifelkommunen Blankenheim, Kall, Schleiden, Hellenthal und Nettersheim haben per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung eine gemeinsame Rufbereitschaft eingerichtet. Die Zusammenarbeit soll die Erreichbarkeit und Handlungsfähigkeit der Beteiligten als örtliche Ordnungsbehörden gewährleisten. Die Rufbereitschaft umfasst die Aufgaben Unterbringung psychisch Kranker bei Gefahr

im Verzug gemäß § 14 PsychKG, Unterbringung obdachloser Personen bei Gefahr im Verzug, Bearbeitung von Fällen der Kampfmittelbeseitigung, Unterbringung von Fundtieren sowie unaufschiebbare Aufgaben zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Kooperation wurde in 2022 mit dem „Landespreis für innovative interkommunale Zusammenarbeit“ in der Kategorie "Kommunale Pflichtaufgaben und Innere Verwaltung" ausgezeichnet.

1.3.3.5 Gelungene Praxisbeispiele Regierungsbezirk Münster

- **Gemeinsame Adoptionsvermittlung:** Es arbeiten mehrere Adoptionsvermittlungsstellen, Kreise oder Kommunen, zusammen. Die gemeinsame Vermittlung ermöglicht es beispielsweise Adoptiveltern, auf einen größeren Pool von potenziellen Adoptionskindern zurückzugreifen. Dies erhöht die Chancen, dass ein passendes Kind für eine Adoptionsfamilie gefunden wird, und umgekehrt. So übernimmt beispielsweise der Kreis Borken für die Städte Ahaus, Borken und Gronau die Aufgaben der Adoptionsvermittlung.

- **Personalentwicklungszirkel und Interkommunaler Nachwuchsförderkreis**: Der Kreis Steinfurt und die Stadt Rheine arbeiten gemeinsam an der Konzeption und Umsetzung von Personalentwicklungsprogrammen, insbesondere zur Nachwuchsförderung.

- **Ausländerwesen - Ausgabe elektronischer Aufenthaltstitel und Reisedokumente:** Im Jahr 2021 haben die Gemeinde Everswinkel und der Kreis Warendorf eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Ausgabe von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten getroffen. Der Kreis Warendorf sendet die elektronischen Aufenthaltstitel und Reiseausweise nach Erhalt von der Bundesdruckerei und anschließender eigener elektronischer Erfassung postalisch an die Gemeinde Everswinkel. Das Bürgerbüro in Everswinkel händigt die elektronischen Aufenthaltstitel und Reisedokumente direkt vor Ort an die gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer in Everswinkel aus.

- **Abfallwirtschaft:** Zwischen den Kreisen Borken und Recklinghausen bestehet eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Entsorgung von Bio- und Krankenhausabfällen.

- Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der **Personalabrechnung:** Die interkommunale Bearbeitung der Personalabrechnung kann neben dem Kernbereich der Abrechnung der Gehälter der Mitarbeitenden Teile der Personalverwaltung und -abrechnung abdecken. Der Servicestelle Personal beim Kreis Warendorf arbeitet auf Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für den Kreis, sechs Kommunalverwaltungen und weitere Vereine und Eigenbetriebe.

1.4 IKZ in den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL)

Um ein umfassendes Bild für ganz Nordrhein-Westfalen zu erhalten, haben wir das Handlungsfeld IKZ auch bei den Landschaftsverbänden betrachtet. Bei der überörtlichen Prüfung der Landschaftsverbände im Zeitraum November 2022 bis November 2023 hat die gpaNRW im Prüffeld IKZ strukturierte Interviews mit beiden Landschaftsverbänden zu den Erfahrungen und

Einschätzungen im Umgang mit IKZ geführt. Eine Online-Erhebung wie in den kreisangehörigen Kommunen und Kreisen fand dagegen nicht statt.

IKZ auch für Landschaftsverbände bedeutend

1.4.1 IKZ-Projekte Landschaftsverband Rheinland (LVR)

Hervorzuheben sind für den LVR folgende umgesetzte IKZ-Projekte:

- **Gemeinsame Rechenzentren:** In Kooperation mit der Stadt Köln betreibt die LVR InfoKom zwei gemeinsame Rechenzentren, um die Ausfallsicherheit und Verfügbarkeit ihrer IT-Systeme zu gewährleisten. Die Rechenzentren sind TÜV-zertifiziert. Sie sollen den hohen Ansprüchen an Sicherheit und Energieeffizienz gerecht werden. Die Rechenzentren unterstützen die IT-Infrastruktur des LVR und der Stadt Köln, einschließlich Verwaltungen, kommunale Betriebe, Kliniken, Schulen und kulturelle Institutionen.

- **Projekt KuLaDig (Kultur, Landschaft, Digital):** KuLaDig ist ein Informationssystem über die Historische Kulturlandschaft und das landschaftliche Kulturelle Erbe. Das Informationssystem KuLaDig des LVR, des Landes für Denkmalpflege Hessen (LjDH) und des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz macht eine ganzheitliche Betrachtung der Kulturlandschaft möglich.

- **Strategische Kulturplanung:** Der LVR berät und unterstützt Städte, Gemeinden und Kreise, die einen Kulturplanungsprozess in ihrer Kommune durchführen wollen, aber ggf. nicht selbst über die notwendigen fachlichen Ressourcen in der Verwaltung verfügen. Das Portfolio besteht aus der Beratung über die Art der Planung, das Vorgehen, die Ausschreibung und schließlich die Begleitung auf politischer und inhaltlicher Ebene. Dabei spielt auch die Frage nach gemeinsamer Planung mit benachbarten Kommunen, also interkommunale Kooperation, eine wichtige Rolle.

- **Ausbildung für kommunale Gebietskörperschaften:** Auf Wunsch der Mitgliedskommunen bildet der LVR in unterschiedlichen Bereichen aus.

1.4.2 IKZ-Projekte Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL)

Der LWL hat insbesondere folgende IKZ-Projekte erfolgreich umgesetzt:

- **Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw):** Eine interkommunale Zusammenarbeit existiert in Westfalen-Lippe zwischen den kvw und seinen rund 1.200 Mitgliedern, zu denen überwiegend juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts, aber auch mehr als 300 Kommunen zählen. Die kvw übernehmen für ihre Mitglieder wichtige Aufgaben im Bereich der Personaldienstleistungen. Auch bei der Finanzierung von zukünftigen Pensionsverpflichtungen unterstützen die kvw und bieten dafür Versorgungsfonds an. Die kvw berät 616.000 Beschäftigte ihrer Mitglieder zu Altersversorgung und Beihilfe. Darüber hinaus setzen sie Leistungen fest und zahlen diese aus. Im Jahre 2022 waren dies rund 1,46 Mrd. Euro.

- **Westfalen-Statistik**: Der LWL hat gemeinsam mit den drei westfälischen Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold und Münster ein Internetportal[10] mit einem Geoinformationssystem zur Analyse und Visualisierung von räumlichen Daten aufgebaut. Dort stellt sich die Region Westfalen anhand von Zahlen, Karten und Statistiken vor. Weitere Geoportale sind geplant.

- **Elektronische Langzeitarchivierung:** Der LWL betreibt zusammen mit der Stadt Köln eine elektronische Langzeitarchivlösung für Kommunalarchive in NRW (DiPS.kommunal). Bei DiPS.kommunal handelt es sich um eine von der Stadt Köln entwickelte modular aufgebaute Software zur Speicherung elektronischer Daten. Durch die Teilnahme an DiPS.kommunal erhalten die westfälischen Archive ein hochsicheres elektronisches Langzeitarchiv, in dem über halbautomatisierte Schnittstellen elektronische Verwaltungsdaten, aber auch städtische Datensammlungen archiviert werden können. DiPS.kommunal wird unter dem Dach des DA NRW, der vom Land und dem KDN getragenen Arbeitsgemeinschaft für digitale Langzeitarchivierung in NRW, geführt und stetig weiterentwickelt. Die Entwicklergemeinschaft von DiPS.kommunal besteht aus dem LWL-Archivamt für Westfalen, der LWL.IT Service Abteilung, dem Amt für Informationsverarbeitung der Stadt Köln und dem Historischen Archiv der Stadt Köln.

- **Strategische Kulturplanung:** Der LWL berät und unterstützt Städte, Gemeinden und Kreise, die einen Kulturplanungsprozess in ihrer Kommune durchführen wollen, aber ggf. nicht selbst über die notwendigen fachlichen Ressourcen in der Verwaltung verfügen. Das Portfolio besteht aus der Beratung über die Art der Planung, das Vorgehen, die Ausschreibung und schließlich die Begleitung auf politischer und inhaltlicher Ebene. Dabei spielt auch die Frage nach gemeinsamer Planung mit benachbarten Kommunen, also interkommunale Kooperation, eine wichtige Rolle.

- **Fachliche Unterstützung bei lokalen kommunalen Ausstellungen durch zentrale Präparation:** Der LWL unterstützt andere Museen (z.B. Museum Quadrat, Bergbaumuseum, Dobergmuseum etc.) bei lokalen Ausstellungen bei der Präparation von Ausstellungsobjekten.

1.4.3 Gemeinsame umgesetzte und geplante IKZ-Projekte der Landschaftsverbände

- **Umgesetzte IKZ - Einkaufskooperation**

  Der LVR hat zusammen mit dem LWL, der Stadt Bonn, der Stadt Köln, der Stadt Leverkusen und der Stadt Remscheid eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergabe von Lieferungen und Leistungen geschlossen. Diese Vereinbarung besteht bereits seit dem Jahr 2016.

  Insbesondere zwischen LVR und LWL besteht eine gewachsene und vertrauensvolle Kooperation bei der Weiterentwicklung von Einkaufsthemen (z. B. Warengruppenmanage-

[10] (http://www.westfalen.org)

ment) oder der Umsetzung gesetzlicher Regelungen (z. B. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) sowie bei der gemeinsamen Veranstaltung von Fachtagungen (z. B. "Tag des Einkaufs").

- **Geplante IKZ - Sozialhilfe**

  Der LVR, der LWL und der Landeswohlfahrtsverband Hessen nutzen in der überörtlichen Sozialhilfe die Spezialsoftware ANLEI. Die drei Kommunalverbände nehmen ähnliche Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherung und Eingliederungshilfe in ihren jeweiligen Regionen wahr. Der LWL erkundet aktuell zukünftige Kooperationsmöglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit, wie z.B. innerhalb einer gemeinsamen Gesellschaft.

Neben umgesetzten und geplanten IKZ-Aktivitäten gibt es bei beiden Landschaftsverbänden viele Projekte als informelle Kooperationen (Arbeitsgruppen, Arbeitskreise, Berichtsprojekte mit der KGSt) mit einem breiten Themenspektrum. Zusätzlich beraten beide Landschaftsverbände als Dienstleister regelmäßig die Verbands-/Mitgliedskommunen. Bereits jetzt finden Austausche von Fachwissen in vielen Dienstleitungsbereichen, gemeinsame Schulungen und Expertengremien zwischen den Landschaftsverbänden und ihren Mitgliedskommunen statt. Hier könnte ein weiterer Ausbau erfolgen.

Beide Landschaftsverbände vereinigen eine hohe Anzahl an Mitgliedern (LWL: 18 Kreise und neun kreisfreie Städte; LVR: zwölf Kreise, dreizehn kreisfreie Städte und die StädteRegion Aachen sowie mittelbar weitere kreisangehörige Kommunen). Die Struktur der Landschaftsverbände bietet dabei auch Möglichkeiten, große Kooperationen umzusetzen. Denkbar wären gemeinsame Projekte im Bereich Digitalisierung bzw. E-Government-Anwendungen sowie dauerhafte Serviceaufgaben (z.B. Personalabrechnung, Finanz- und Steuermanagement). Denn gleichartige Geschäftsprozesse, die einen hohen Standardisierungs- oder Spezialisierungsgrad aufweisen, können gut und oft kostengünstiger in Zusammenarbeit erledigt werden.

Der LWL hat diese Möglichkeiten bereits erkannt und ist bestrebt, in Zukunft verstärkt den Kommunen diverse Dienstleistungen anbieten zu können. Für den LWL hat das Themenfeld IKZ einen entsprechend hohen Stellenwert.

Dagegen ist der LVR beim Themenfeld IKZ bisher noch zurückhaltend. Potenzial für den LVR besteht aus Sicht der gpaNRW auch in einer interkommunalen Zusammenarbeit der InfoKom. Die InfoKom könnte ihre Kapazitäten nutzen und gegen Entgelt Leistungen z.B. für Kliniken außerhalb des Verbandes oder für kleinere Kommunen anbieten. Diese könnten von den guten Rahmenbedingungen in der technischen Infrastruktur sowie dem Knowhow der InfoKom profitieren. Ferner könnte auch das Digitaldezernat des LVR als „Digitallabor“ anderen Kommunen bei der Einführung und Weiterentwicklung einer KI unterstützen.

Impressum

- Gemeindeprüfungsanstalt NRW, Michael Esken (Präsident),
  Shamrockring 1, Haus 4, 44623 Herne

- © gpaNRW

Kontakt

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen

Shamrockring 1, Haus 4, 44623 Herne

Postfach 10 18 79, 44608 Herne

t 0 23 23/14 80-0

f 0 23 23/14 80-333

e info@gpa.nrw.de

DE-e Poststelle@gpanrw.de-mail.de

i www.gpa.nrw.de